green.ch

green.ch AG
Badstrasse 50
CH-5200 Brugg
T +41 844 842 842
F +41 56 460 23 00

green.ch SA
Route de Denges 22
CH-1027 Lonay
T +41 844 842 842
F +41 21 801 32 31

Revision BÜPF:
Mächtige Datensammlungen von unbescholtenen Bürgern für mehr Sicherheit und Schutz?

Sehr geehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Am 17. Juni 2015 entscheiden Sie über die Revision des **B**undesgesetz betreffend die **Ü**berwachung des **P**ost- und **F**ernmeldeverkehrs (BÜPF), welches einen **massiven Ausbau der Vorratsdatenspeicherung und den Einsatz von Staatstrojanern** vorsieht.

Franz Grüter,
CEO green.ch
Kantonalpräsident SVP Luzern,
Kantonsrat Luzern

Die wirklichen Probleme der Staatssicherheit und der Strafverfolgungsbehörden, die fehlenden personellen und technischen Ressourcen zur Auswertung der (in vielen Fällen bereits vorhandenen!) Daten, werden damit nicht gelöst. Ich bin daher der klaren Auffassung, dass die Revision nicht zu einer wirksamen Terrorprävention oder Strafverfolgung beiträgt, sondern eine überdimensionierte staatliche Überwachung nach sich zieht. Dagegen, geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, **hilft nur die klare Rückweisung des BÜPF!**

Die Fakten:

Was ist das BÜPF?
Die Revision des BÜPF sieht eine massive Ausweitung der staatlichen Überwachung vor. Konkret:

- Die Speicherung von personenbezogenen Daten **aller unbescholtenen Bürger auf Vorrat.** Rückwirkend über 12 Monate.
- Sämtliche Verbindungsdaten Ihrer Telefonate und E-Mails **ohne irgendeinen Verdacht**
- **Einschleusen von Programmen auf Ihren Computer** (sogenannten Staatstrojanern), um unbemerkt Inhalte, Bilder, Texte, Aussagen etc. mit- oder auszulesen sowie Ihre Kamera anzusteuern – vorläufig nur im Verdachtsfall.

Kosten-/Nutzen-Verhältnis
Die Revision des BÜPF verursacht Kosten in Millionenhöhe, unter dem Vorwand von mehr Sicherheit und Schutz. Zu beachten ist jedoch:

- Jede Datensammlung im Ausmass mehrerer Peta-Bytes verursacht **Kosten, welche schlussendlich auf die Allgemeinheit überwälzt** werden. Die betroffenen Provider werden also Ihre Telekommunikations- und Internetangebote entsprechend verteuern.
- Bereits heute müssen Provider die Verbindungsdaten der letzten sechs Monate speichern und sie die den Ermittlungsbehörden auf richterlichen Beschluss hin übergeben. Es stehen also ausreichend Daten bereits zur Verfügung.

green.ch

green.ch AG
Badstrasse 50
CH-5200 Brugg
T +41 844 842 842
F +41 56 460 23 00

green.ch SA
Route de Denges 22
CH-1027 Lonay
T +41 844 842 842
F +41 21 801 32 31

- Im Berichtsjahr 2014 betrafen **gerade einmal 0.8%* der durch das BÜPF erlaubten Abfragen Terrorverdachtsfälle**. Die Mehrheit der Abfragen betraf den Drogenhandel und Vermögensdelikte. (*Quelle: Swiss Lawful Interception Report 2015)
- Die Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung auf 12 Monate bietet nur geringfügigen Mehrwert bei der Strafverfolgung.
- Die Programmierung von Staatstrojanern wird **ebenfalls Millionen** verschlingen.
- Dort, wo effektiv Investitionen nötig wären, nämlich beim Personal, das die Daten auswertet, und bei den Auswertungstools für die riesigen Datenmengen, werden mit Sicherheit noch weitere Kosten für Personal und Infrastruktur anfallen.

Kontroll- und Freiheitsverlust
Die Privatsphäre ist ein Grundrecht jedes Bürgers in einer Demokratie. Wie problematisch der Umgang mit Datensammlungen ist, haben wir bereits während des Fichen-Skandals erfahren. Die elektronische Datensammlung birgt weiter grössere Risiken:

- Grosse Datensammlungen sind wie **Schleppnetze:** Zahlreiche Informationen, die beispielsweise **für fremde Geheimdienste, kommerzielle oder politische Zwecke ausgeschlachtet** werden könnten, fallen an.
- Wer überwacht die Datensammler und –auswerter?
- Wer stellt sicher, dass der, möglicherweise im Ausland programmierte, Staatstrojaner nicht zum **Vollstreckungsgehilfen anderer Nationen** wird? Schon heute gibt es klare Anzeichen das auch ausländische Geheim- und Nachrichtendienste auf die in der Schweiz auf Vorrat gespeicherten Daten Zugriff haben.

Die systematische Überwachung von unschuldigen Menschen ist einer Demokratie unwürdig. Eine Überwachungskultur ist in Gesetze gegossenes Misstrauen. Die Revision des BÜPF löst keine Probleme, sie schafft nur Neue. Deshalb appelliere ich an Sie: **Weisen Sie die Revision des BÜPF am 17. Juni 2015 zurück. Besten Dank!**

Freundliche Grüsse

Franz Grüter

CEO green.ch AG
Kantonalpräsident SVP Luzern
Kantonsrat Luzern